

Deutscher Bundestag

Ausschuss f. Menschenrechte u.
humanitäre Hilfe

Ausschussdrucksache
17(17)132

Dr. Fritz Erich Anhelm

Loccum, den 8. Mai 2012

Stellungnahme für den Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe des Deutschen Bundestages. Öffentliche Anhörung am 9. Mai 2012 zu „Situation der Christen und anderer religiöser Minderheiten in Nordafrika sowie dem Nahen Osten“

Erfahrungshintergrund für diese Stellungnahme: Der Verfasser ist weder Nahostexperte noch Islamwissenschaftler. Von der Ausbildung her ist er Politologe, von der Profession her war er Direktor der Evangelischen Akademie Loccum. In dieser Funktion hat er seit 2003 in Kooperation mit CEOSS (Coptic Evangelical Organisation for Social Services) Ägyptisch-Deutsche Dialoge sowohl in Ägypten als auch in Deutschland durchgeführt, die in unterschiedlichen Formen bis heute organisiert werden. 2010 wurden diese Dialoge zu Arabisch-Europäischen ausgeweitet. Daran wirkt der Verfasser auf der Basis eines Mandates des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland mit. Die jüngste Veranstaltung fand vom 23.-28. April 2012 zum Thema "Arab Spring and its aftermath – Society, State, Religion and Political Culture" in Kairo statt. An den Dialogen nehmen Vertreter/innen aus Religionsgemeinschaften (christlich und islamisch auf beiden Seiten), Politik, Wissenschaft, Journalismus und Nichtregierungsorganisationen teil. Zentrale Problemfelder sind das Verhältnis von Staat und Religionen, die Rolle von Religionsgemeinschaften und NGOs in der Gesellschaft, Transformationsprozesse in den arabischen und den europäischen Ländern und gesellschaftliche Grundwerte in unterschiedlichen kulturellen Kontexten.

Vor diesem Erfahrungshintergrund werde ich mich im Wesentlichen auf die Fragen 2 (Systematische Verletzung der Religionsfreiheit durch den Staat), 5 (Religiöse Konfliktlinien und soziale/politische Problemlagen), 6 (Mögliche Veränderungen), 7 (Rolle Deutschlands), 8 (Strategie religiöser Minderheiten) und 9 (Entwicklung der arabischen Revolutionen und christliche Minderheiten) beziehen.

Zu Frage 2:

Hier sind nicht nur die einzelnen Länder in ihren sehr unterschiedlichen Religionsgesetzgebungen, sondern auch verschiedene „staatliche“ Akteure (Regierungen/Parlamente/ Militär/ Geheimdienste/Polizei) auf zentralen, regionalen und lokalen Ebenen zu unterscheiden. Probleme von Religionswechsel, Personalstatut und Anerkennung religiöser Rechte, Bau religiöser Versammlungshäuser und Betreiben von Ausbildungsstätten, sowie die Anerkennung als Religion überhaupt unterliegen -wenn überhaupt- mehr oder weniger präzisierten staatlichen Regelungen. Hier gibt es zwischen den Ansprüchen von Religionsgemeinschaften und der (auch juristischen) Auslegung staatlicher Vorgaben ein komplexes Feld ständig neuer und möglicher Konflikte. Wo sie Lösungen zugeführt werden, ist dies auf Seiten des Staates oft von einer pragmatischen Haltung geleitet. Besonders Streitigkeiten über Besitzansprüche bleiben allerdings über lange Zeit hin ungeklärt.

Systematische Verfolgung von Religionsgemeinschaften und ihrer Angehörigen seitens staatlicher Einrichtungen kann auch angesichts der jüngeren Angriffe auf koptisch-orthodoxe Gemeinden, Versammlungen und Einrichtungen in Oberägypten und Alexandria kaum unterstellt werden (mit Ausnahme der Bahai). Probleme sind hier eher der staatliche Schutz vor Übergriffen und die zeitnahe Aufklärung durch Polizei und Justiz. Die Rolle von alten Mubarak Getreuen in Geheimpolizei, Polizei und Armee, organisierte aggressive und gewaltbereite Salafisten und der noch unter Mubarak freigelassenen verurteilten Straftäter gibt daher viel Anlass zu Spekulationen.

Hiervon zu unterscheiden ist die Ebene der interreligiösen Alltagskultur, die grundsätzlich eher Züge der praktischen gegenseitigen Verständigung trägt. Sie ist jedoch durchaus anfällig für Diskriminierungen auf der Straße (Kopftuch/Bau gottesdienstlicher Gebäude) und Konflikte bei Konversion und religionsübergreifenden Familienangelegenheiten. Zumeist handelt es sich zunächst um lokale Probleme, die aber bei entsprechender interessegeleiteter Zuspitzung symbolisch und politisch aufgeladen werden können.

Für Wirbel sorgte jüngst die Fatwa des Groß Muftis von Saudi Arabien, in der die Zerstörung christlicher Kirchen gutgeheißen wurde. Soweit ich es übersehe, hat sie von staatlicher Seite in den arabischen Ländern keine Unterstützung erfahren. Das Direktorat für religiöse Angelegenheiten der türkischen Regierung etwa hat ihr deutlich widersprochen und sie verurteilt.

Zu Frage 5:

Wer wollte hier unterscheiden? Mit wohl fast jeder „religiösen“ Auseinandersetzung sind interessengeleitete soziale, politische und ökonomische Ansprüche verbunden, bei denen es um Dominanz, Erhalt von Freiräumen, Ressourcen, Exklusion und Inklusion geht. Wenn sich dies in einem religionskulturell islamisch dominierten Umfeld vollzieht, ist es geradezu unausweichlich, dass dabei die religiöse Karte eine besondere Rolle spielt. Umso bemerkenswerter ist es, dass die arabischen Revolutionen fast durchweg nicht auf der „religiösen Schiene“ gelaufen sind, sondern sich an Stichworten wie Würde, Freiheit und Lebensperspektiven (besonders der jungen Generation) orientierten. Dass in der jetzigen Phase der politischen Institutionalisierung der Revolutionen Religion besonders in Ägypten wieder eine stärkere Rolle spielt, liegt an den aus der Parlamentswahl hervorgegangenen Hauptakteuren und dem neuen Arrangement, das zwischen ihnen getroffen werden muss.

Dazu ein erstes Beispiel: Bei der Bestimmung der 100 Personen, die die neue Verfassung erarbeiten sollen, durch das Parlament haben die Partei der Muslimbruderschaft „Freiheit und Gerechtigkeit“ und die Salafisten den Durchmarsch versucht. Nur 6 der 100 benannten Personen waren Christen und alle keine Repräsentanten der Kirchen, wobei auf muslimischer Seite Al Azhar und andere religiöse Einrichtungen massiv vertreten waren. Die christlichen Kirchen haben öffentlich lautstark protestiert. Aber nicht nur sie. Weit über die Hälfte der Berufenen erklärten, unter diesen Umständen ihr Mandat nicht anzutreten, darunter auch die offiziellen Vertreter von Al Azhar mit der Begründung, in diesen Berufungen seien über Personalunion Religion und Staat unzulässig vermischt. Inzwischen hat auch das oberste Gericht das Zustandekommen der Versammlung für unzulässig erklärt. Ich will dies nicht überbewerten. Es zeigt allerdings, dass auch die Kirchen im politischen Raum durchaus eine Rolle spielen und darin wahrgenommen werden.

Lassen Sie mich auf der gesellschaftlichen Ebene noch ein zweites Beispiel hinzufügen. Es betrifft unseren Partner, die Koptisch Evangelische Organisation für Soziale Dienste. Sie ist eine der größten Entwicklungsorganisationen in Ägypten mit einem ausgedehnten Netzwerk in alle arabischen Staaten. Ihr Hintergrund sind die kleinen protestantischen Kirchen in Ägypten. Mit ihren vielen Projekten in ganz Ägypten erreicht sie über 2 Millionen Menschen und dies unabhängig von deren Religion. Community Building, Civic Education, Mikrokreditprojekte und interkulturelle (was auch heißt interreligiöse) Dialoge und Konfliktbearbeitung sind die Tätigkeitsfelder. In dieser religionsübergreifenden Arbeit kooperiert sie mit vielen islamischen Einrichtungen, darunter auch Al Azhar. Und in dieser Arbeit wird besonders sichtbar, dass die sozialen Probleme vor Ort Muslime und Christen gleichermaßen betreffen und Entwicklungschancen nur zum Zuge kommen, wenn diese Probleme als soziale adressiert werden und nicht als religiöse. Das schließt Konflikte nicht aus, ihre Bearbeitung allerdings ein. Hier haben Sie das Beispiel einer aktiven christlichen zivilgesellschaftlichen Organisation, die auf hoch anerkannte Weise an der gesellschaftlichen Wohlfahrt mitzuarbeiten in der Lage ist, weil sie jenseits religiöser Zugehörigkeiten die sozialen Belange der Menschen in den Vordergrund stellt.

Die libanesische Situation scheint mir nach dem, was in unseren Diskussionen zutage trat, dagegen durch eine politisch bestimmte, sich verstärkende religiöse Polarisierung geprägt. Manche sprachen sogar davon, dass sich dieses Muster auch auf andere arabische Staaten übertragen könnte, z.B. Syrien. Um dies beurteilen zu können, fehlen mir allerdings Erfahrungen in diesen Ländern.

Zu Frage 6:

Die Antwort ist einfach: Ökonomische Prosperität in den arabischen Staaten, die ihre Wirtschaft nicht auf Öl bauen können. Und die Umsetzung ist höchst schwierig.

In unseren Diskussionen wurde immer wieder auf den enormen Einfluss Saudi Arabiens und der Emirate besonders in Ägypten verweisen. Hier würden nicht nur die Salafisten mit Geld versorgt. Auch die Immobilienpreise in Kairo z.B. seien bereits durch Aufkäufe so in die Höhe getrieben worden, dass sich Ägypter selbst kaum noch Eigentum leisten könnten. Jedenfalls scheint es hier Geldflüsse zu geben, von denen öffentlich wenig bekannt wird und umso weniger von den politischen Abhängigkeiten, die daraus entstehen. Dies heißt nicht, dass Europa damit in Konkurrenz treten sollte. Die Frage der Art von Investitionen und wirtschaftlicher Zusammenarbeit stellt sich dennoch. Und es ist offensichtlich, dass in den betroffenen arabischen Staaten nicht der Eindruck herrscht, die EU habe darauf eine Antwort. Die Sanierung staatlicher Haushalte gegen Zahlungsunfähigkeit durch den IWF ist dafür keine, wenngleich schon sie umstritten ist. Die stärkste Partei der Muslimbrüder auszuhungern, ist auch keine, weil sie unter dem Zwang stehen, die soziale und ökonomische Situation verbessern zu müssen. Wenn sie es nicht können, liegt eine Radikalisierung nicht weit. Und jede Radikalisierung drückt auf das Verhältnis der Religionen. Was geschieht mit Gesellschaften, die zu fast 50 % aus jungen Menschen bestehen, die mehrheitlich keine Perspektive haben? Ich scheue mich, hier politische Programme zu empfehlen. Was aber deutlich ist, ist die Herausforderung, gemeinsam mit den arabischen Staaten an ihnen zu arbeiten, wenn die Rede von der EU-Nachbarschaftsregion überhaupt einen Sinn haben soll, so schwer das angesichts der eigenen europäischen Probleme auch fallen mag.

In unserem kleinen Dialograhmen haben wir ein Programm aufgelegt, dem wir den Namen „Young Leaders Forum“ gegeben haben. 25 jüngere Leute am Beginn der Karriere aus einem arabischen

Staat treffen sich mit 25 aus einem europäischen. Sie tauschen sich über ihre Möglichkeiten der politischen Partizipation, ihre religiösen Orientierungen, ihre beruflichen Perspektiven und der internationalen Kooperation untereinander aus. Die erste Beobachtung ist, dass alle mitgebrachten Vorurteilmuster (gerade auch die religiösen) nach einem halben Tag verunsichert bis vergessen sind. Die zweite ist, dass der größere Teil der Gruppe nach dem ersten persönlichen Kennenlernen kontinuierlich Kontakt miteinander hält. Für solche Programme haben wir bisher keinerlei systematische Förderung gefunden, weder bei der EU noch in Berlin. So muss die Förderung von Veranstaltung zu Veranstaltung zusammengebettelt werden.

Zu Frage 7:

Ich halte nichts davon, speziell christliche Minderheiten, die sich höchstens religiös aber nicht kulturell als solche verstehen, mit speziellen staatlichen Geldflüssen zu versehen. Das verstärkt eher religiöse Begründungen sozialer Unterschiede. Etwas anderes sind NGOs und CBOs, besonders die Letzteren, die sich vor Ort um die Belange der Menschen religionsübergreifend kümmern und selbstorganisierte Initiativen freisetzen. Wir würden in unsere Projekte gern eine Plattform einschließen, auf der arabische Community Based Organisations mit europäischen zusammen kommen könnten, um voneinander zu lernen und nach Möglichkeiten der Zusammenarbeit zu suchen, wohlgerne religionsübergreifend. Das ist etwas anderes als der Austausch von internationalen NGO-Gruppierungen über Förderungsbedingungen und –richtlinien oder die Lobbyarbeit dafür. Möglicherweise lassen sich die bürokratischen Hürden, die aus solchen immer gleichen Zusammensetzungen hervorgegangen sind, ja auch einmal auf ein erträgliches Maß abtragen, ohne die Accountability zu untergraben.

Auch den Hinweis auf gezielte Programme der Begegnung Jüngerer, nicht als Jugendaustausch oder universitäres Curriculum, sondern als Werkstätten für künftige Kooperation wiederhole ich gern. Da treffen sich dann nicht Christen mit Christen, sondern -wie es in den arabischen Ländern jetzt heißt- Citizens, um sich darin zu üben, was Citizenship praktisch bedeutet. Dies ist die Basis, auf der dann auch eine Verständigung eher weniger über Glaubenswahrheiten wohl aber über die Rolle von Religion für die Entwicklung der Gesellschaft als ganze möglich wird.

Zu Frage 8:

Am 28. Februar 2012 haben sich im Hauptquartier der Muslimbruderschaft in Kairo deren Vertreter mit Vertretern aller Evangelischen Kirchen in Ägypten getroffen, um ihr gegenseitiges Verhältnis zu klären. Ein historisches Ereignis, wie beide Seiten betonen. Aus diesem Treffen ging eine gemeinsame Erklärung hervor. Ich möchte daraus wenige Sätze zitieren: „Glaubensfreiheit und die Freiheit der religiösen Praxis wie auch die Freiheit, religiöse Häuser zu bauen und zu renovieren, sind im Licht der Gesetze und dem Recht der Bürger/innen, auch auf die Gesetze der eigenen Religion zurückzugreifen, soweit ihre persönlichen Angelegenheiten betroffen sind, zusammen mit anderen Rechten, die in der islamischen Scharia erwähnt sind, als Teil der Werte der ägyptischen Gesellschaft zu berücksichtigen und eine Basis für ihre kulturelle Authentizität.“ Die Kompliziertheit dieses Satzes kommt sicher nicht von ungefähr. Er erscheint gleichsam als eine Vorformulierung des Kompromisses, der für § 2 der neuen Verfassung erst noch gefunden werden muss. Er ist durchaus interpretationsfähig. Aber er zeigt auch einen bisher nicht gekannten Verständigungsspielraum. „Soziale Verantwortung verpflichtet alle Führungspersönlichkeiten, Einrichtungen und religiöse Bewegungen gegen alle Arten von Streit, Intoleranz und Diskrimination zu kämpfen und den

Zusammenhalt der Gesellschaft zu bekräftigen.“ Und „ Die Identität der Gesellschaft als ägyptische stellt den Rahmen für all ihre Menschen dar. Alle Menschen haben zu dieser Identität beigetragen und verdienen es, an diesem Erbe teilzuhaben.“ Dies ist eine Begründung des Vorausgegangenen, die die Staatsbürgerschaft vor die Religion stellt.

Gezeigt werden soll, dass es durchaus einen Diskurs zwischen den Religionen gibt, der sich um die „Natur“ des Staates und die Basis der Staatsbürgerschaft dreht, und dass sich auch die Minderheitsreligionen in ihn einzubringen vermögen, wenn sie sich nicht von vornherein und schon immer als Märtyrerkirchen verstehen. Dabei haben es einige sicher leichter, andere schwerer. Aber das Annehmen und Praktizieren dieser öffentlichen Partizipation ist sicher produktiver als die ängstliche Abschottung vor ihr.

Zu Frage 9:

Vor einem Ranking in Sachen Religionsfreiheit habe ich nicht nur deshalb Bedenken, weil unklar bleibt, was in solche Bewertungen statistisch aufbereitet einfließt, sondern auch, weil es ein Wissen suggeriert, das nur an der Lebenswirklichkeit der Betroffenen und ihrem Umgang damit „gemessen“ werden könnte. Da stoßen wir dann auf eine Mischung zwischen Ängsten und Hoffnungen, die sich nicht nur aber auch in allen arabischen Ländern findet, und die keinesfalls allein religiös begründet ist.

Wenn das Assad-Regime versucht, einen „Religionskrieg“ zu entfesseln, so hat das mehr politische als religiöse Gründe, nämlich die der Verhinderung des eigenen Machtverlusts um jeden Preis, selbst um den Preis tausender Menschenleben und der Zerstörung der Infrastruktur des ganzen Landes. „Religion“ könnte erst danach zum wirklichen Problem werden, nämlich als Vehikel einer neuen Ausbalancierung der Macht. Auf die „Libanonisierung“ habe ich schon hingewiesen.

In Ägypten gibt es neuere repräsentative Umfragen der Universität Kairo (leider bisher nur in arabischer Sprache), die nahelegen, dass bei einer neu stattfindenden Parlamentswahl die islamischen (religiösen) Parteien, also Muslimbrüder und Salafisten zusammen unter 50 % der Stimmen erhalten würden (etwa 30 bzw. 10 %). Dabei würden die ländlichen Bereiche weniger „religiös“ wählen als die städtischen. Anzeichen dafür finden sich auch durch eigenen Augenschein auf dem Tahrir Platz. Der ist zwar inzwischen komplett von den Salafisten „erobert“ worden. Selbst beim Freitagsgebet bringen sie aber nur noch einige tausend Menschen zusammen, die mit Bussen zusammengeholt werden und sich -wie erzählt wird- gegen ein Honorar von 100 EGP der aggressiven Lautsprecherpropaganda aussetzen. Bei der Präsidentenwahl, die womöglich noch vor der Verfassung stattfindet, werden die größten Chancen Amr Mussa und Abul Futuch eingeräumt, wobei der zweite für eine gemäßigte Muslimbruderschaft steht, deren Mitglied er früher war, und der erste eher für eine weniger religionsbetonte Positionierung. Ein „christlicher Winter“ wird sich aus beidem allem Anschein nach nicht ergeben, eher eine etwas „demokratischere“ Variante, die zwar mit dem alten Regime bricht, aber noch keineswegs auf autoritative Züge verzichtet, wofür auch das Militär entsprechende Präferenzen hat, um seinen Einfluss und seine ökonomische Basis abzusichern.

Aber die Dinge sind im Fluss und Vorhersagen nicht besonders valide. Soviel scheint allerdings für die arabischen Akteure und Beobachter fest zu stehen: Die ägyptische Art der Transformation wird deutlichen Einfluss auf die ganze Region haben, auch auf Saudi-Arabien und die Emirate, was deren „Interesse“ an der ägyptischen Entwicklung besonders stimuliert.